

- Weniger Aufwand
- Übersichtliche Auswertungen
- Einfach, flexibel und preiswert

«Zeitenwende»: Eine komplette Deglobalisierung ist unrealistisch

Aussichten Einen Blick in die «Kristallkugel» wagte die Stiftung Zukunft.li unter dem Motto «Zeitenwende» am Mittwoch im Gemeindesaal in Gamprin. Konkret ging es darum, wie sich die Wirtschaft im Umfeld zahlreicher Krisen entwickeln würde.

VON DIETMAR HOFER

Als Referenten gaben Ökonom und Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut sowie Andreas Brunhart, Forschungsleiter Volkswirtschaft des Liechtenstein-Instituts, dem interessierten Publikum ihre Aussichten preis. Eines steht für Eisenhut fest: Die goldenen Jahre der Globalisierung, die für noch nie dagewesenen Wohlstand sorgte, sind vorbei. «Wir sind in einem Zeitalter angekommen, in dem überall Knappheit herrscht. Das betrifft Ressourcen ebenso wie Arbeitskräfte.» Doch nicht erst die Pandemie oder der Krieg in der Ukraine waren dafür verantwortlich. «Die Zeitenwende hat schon früher begonnen.» Historisch sei der Abstand zwischen Leitzins und Inflation. Die Notenbanken haben die Inflationsgefahr zu lange unterschätzt, da die Hauptaufgabe der letzten Jahre der Finanzierung der Staatsausgaben diene. Die amerikanische Notenbank Fed will den Zinssatz bis zu drei Prozent anheben, um gleichzeitig die Inflation zu senken. Auch bei diesem Thema warf Ökonom Eisenhut ein Blick in die Vergangenheit, «Von neun Zinsanhebungen haben bisher acht in die Rezession geführt.» Anders scheint der Kurs bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu sein, die an der Niedrigzinspolitik festhält. Der Euro dient der Schuldensolidarisierung.»

Droht der «Schwarze Schwan»?

Ob die Gefahr eines «Schwarzen Schwans» an der Börse bestehe, wollte ein Besucher wissen. Darunter versteht man völlig unvorhersehbare Ereignisse. «Über dieses Negativszenario will ich gar nicht nach-



Auf dem Podium diskutierten unter der Leitung von Moderatorin Doris Quaderer (ganz links) von der Stiftung Zukunft.li: Jan Doongaji, designierter CEO der Hilti AG, Wirtschaftsministerin Sabine Monauni, Ursula Finsterwald, Head Group Sustainability Management bei der LGT, und Fabian Frick, Co-CEO der Hoval AG. (Fotos: ZVG/Julian Konrad)

denken. Wenn der Krieg tatsächlich extrem eskaliert, werden wir wahrscheinlich andere Sorgen haben», antwortete Eisenhut.

Forschungsleiter Andreas Brunhart fasste die wirtschaftliche Situation in Liechtenstein zusammen. Demnach verursachte die Coronapandemie eine stärkere Rezession als 2008 die Bankenkrise. Jüngsten Zahlen zufolge liegt der Konjunktur-Index derzeit bei annähernd null. Die BIP-Prognose-Szenarien sind ähnlich wie in der Schweiz und liegen bei knapp über zwei Prozent. Die Auftragsbücher

sind zwar vielfach voll, allerdings gibt es Materialengpässe und Schwierigkeiten bei den Lieferketten. Auch bei der anschliessenden Diskussion, an der Wirtschafts- und Umweltministerin Sabine Monauni, der designierten Hilti-CEO Jan Doongaji, Fabian Frick, Co-CEO der Hoval, und Ursula Finsterwald, zuständig für Nachhaltigkeit-Management der LGT, teilnahmen, war dies Thema.

Hohe Nachfrage am Heizungsmarkt

Im Mittelpunkt stand aber die Frage nach der Klimaneutralität, die

Liechtenstein bis 2050 erreichen will. Hovals Co-Ceo Fabian Frick sprach beispielsweise von einer enorm hohen Nachfrage auf dem Heizungsmarkt. «Wir sind mit Vollgas dran, doch diese Volumen können wir in kurzer Zeit gar nicht erfüllen.» Auch Jan Doongaji sieht den Transformationsprozess voll im Laufen. «Doch nicht alle Kunden sind bereit, das auch zu bezahlen. Wir werden die Kosten zum Teil auch selbst tragen, weil wir das nicht nur als Investition, sondern auch als Business der Zukunft se-



Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li.



Peter Eisenhut, Präsident der Stiftung Zukunft.li.

hen.» Völlig unrealistisch sei jedoch eine komplette Deglobalisierung. «Es kann nicht in jedem Land alles produziert und entsprechende Lieferketten aufgebaut werden.» Gerade ein kleines Land wie Liechtenstein kommt an der Globalisierung gar nicht vorbei, bekräftigte auch Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. Was die Preisspirale betrifft, appellierte Ursula Finsterwald, gerade jenen, die nicht so viel verdienen, faire Löhne zu bezahlen. «Weil sie diese auch brauchen, um alle Kosten stemmen zu können.»

Schweizer Aktienmarkt

Zürcher Börse mit Abschlügen

ZÜRICH Die Schweizer Aktienbörse hat am Mittwoch nach einem festeren Start ihre Gewinne wieder abgegeben und ist klar in die Verlustzone gerutscht. Händler machten dafür die wieder gestiegenen Sorgen verantwortlich, dass eine zu starke Strafrung der US-Geldpolitik die Konjunktur abwürgen könnte. Auslöser waren Worte von US-Notenbankchef Jerome Powell. Demnach soll die Geldpolitik so lange gestrafft werden, bis die Inflation wieder im Griff ist. Dazu kommen Befürchtungen, dass den erhofften Lockerungen in der Bekämpfung der Covid-Pandemie in China bald wieder Verschärfungen folgen könnten. Steigende Kosten schmälerten die Margen und die Teuerung schränkte die Konsumenten zunehmend ein. Der SMI schloss 1,29 Prozent niedriger auf 11 579,14 Punkten. (apa/dpa)

«Fettes Steueraufkommen» und Coronahilfe prägten die Staatsfinanzen im Jahr 2020

Finanzen Das Amt für Statistik hat die Finanzstatistik 2020 veröffentlicht. Der öffentliche Überschuss war so hoch wie seit Beginn der Datenerhebung noch nie. Ein einmaliger Steueranfall trug dabei massgeblich zu den hohen Staatseinnahmen bei.

VON TATJANA BÜCHEL

Der öffentliche Überschuss im Jahr 2020 betrug fast 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das entspricht gemäss Finanzstatistik, die gestern vom Amt für Statistik (AS) veröffentlicht wurde, rund 445 Milli-

onen Franken, was den höchsten Überschuss seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2011 darstelle.

Rekordhohe Steuereinnahmen

Gegenüber 2019 erhöhten sich die nicht konsolidierten Staatsausgaben im Berichtsjahr um rund 20 Prozent auf insgesamt 1,88 Milliarden Franken. Verschiedene wirtschaftliche Hilfspakete, die wegen der Covid-19-Pandemie vom Staat ausbezahlt wurden, führten gemäss AS zu dieser deutlichen Zunahme. Den grössten Anteil an diesen Ausgaben hatten mit rund 580 Millionen Franken die Beiträge an die Sozialleistungen. Aber auch die konsolidierten Einnahmen seien im Vergleich zum Vorjahr um rund 512 Millionen Franken gestiegen und betrugen fast 2,33 Mil-

liarden Franken. Dabei stammten rund 55 Prozent aus Steuern. In absoluten Zahlen stiegen die Steuereinnahmen im Berichtsjahr gemäss Statistik um rund 302 Millionen Franken, wobei ein einmaliger Steueranfall bei den Ertragssteuern von rund 300 Millionen Franken massgeblich dazu beigetragen hat. Dieses «fette Steueraufkommen», wie es das AS betitelt, führte zu einem Rekordwert an jährlichen Steuereinnahmen von insgesamt rund 1,27 Milliarden Franken. Als Vergleich: Der Mittelwert der Jahre 2016 bis 2020 betrug 980 Millionen Franken.

Staatliche Reserven aufgestockt

Die Staatsfinanzen 2020 waren also geprägt von Sondereffekten bei den Staatsausgaben wie auch bei den

-einnahmen. Durch die einmaligen, aussergewöhnlich hohen Steuern hätten die Mehrausgaben aber vollumfänglich gedeckt werden können. Und noch mehr: Am Ende des Jahres konnten die staatlichen Reserven, trotz hoher Aufwendungen aufgrund der Pandemie, sogar ausgebaut werden. In der Vermögensbilanz des Staates wurde das Reinvermögen Ende 2020 mit rund 9,4 Milliarden Franken beziffert, was einen Anstieg von rund 766 Millionen Franken gegenüber 2019 bedeute. Dabei entfielen gemäss AS rund 41 Prozent des Reinvermögens auf die Sozialversicherungen. Etwas mehr als 37 Prozent seien auf Landesebene und rund 22 Prozent in den Gemeinden und Bürgergenossenschaften investiert gewesen.